Eröffnung Bundesasylzentrum Thun

Chronologie der Ereignisse

- Dienstag, 10. November 2015: Urs von Daeniken, Chef Stabsbereich Bundeszentren beim Staatssekretariat für Migration (SEM), informiert den Stadtpräsidenten über die Pläne des Bundes, in den Panzerhallen in Thun ein befristetes Bundesasylzentrum zu erstellen.
- Mittwoch, 11. November 2015: Der Stadtpräsident informiert den Gemeinderat über das Gespräch mit Urs von Daeniken und die Pläne des Bundes (vgl. GRB 553/2015). Aufgrund der ausserordentlichen Lage im Asylbereich signalisiert der Gemeinderat grundsätzliche Bereitschaft, die Massnahmen des Bundes mitzutragen.
- Donnerstag, 12. November 2015: Stadtratssitzung. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Gemeinderat nur rudimentäre Informationen über die Pläne des Bundes. Da die Federführung des Projektes beim Bund lag, war es zudem nicht am Gemeinderat, über die Pläne des Bundes zu informieren.
- Dienstag, 17. November 2015: An einer ausserordentlichen Gemeinderatssitzung informiert Urs von Daeniken den Gemeinderat über die Pläne des Bundes. Am Beschluss vom 11. November 2015, die Massnahmen des Bundes mitzutragen, wird festgehalten. Die Abteilung Soziales wird beauftragt, zusammen mit dem SEM und den kantonalen Behörden die erforderlichen Vereinbarungen vorzubereiten. Die Vereinbarungen sind dem Gemeinderat zeitgerecht zur Genehmigung zu unterbreiten. Es wird festgehalten, dass die Federführung für die Kommunikation beim SEM liegt. Der Informationsbeauftragte des Gemeinderates wird beauftragt, zusammen mit dem Informationsbeauftragten des SEM die Fragen der Kommunikation und der Öffentlichkeitsarbeit zu klären. Dem Gemeinderat ist rasch ein Kommunikationskonzept mit einem Zeitplan zu unterbreiten (vgl. GRB 556/2015).
- Donnerstag, 26. November 2015: Im Regionaljournal Bern Freiburg Wallis kommt im Radio ein Bericht über das geplante Bundesasylzentrum (<http://www.srf.ch/play/radio/popupaudioplayer?id=874e8872-ff48-4470-9909-f2c186f4e34b#/t=48>). Weitere Journalistinnen und Journalisten beginnen zu recherchieren.
- Donnerstag, 26. November 2015: Aufgrund von Anfragen von Journalistinnen und Journalisten wird auf Vorschlag des SEM die folgende Sprachregelung vereinbart: „Das Staatssekretariat für Migration trifft derzeit Abklärungen für zusätzliche Unterkünfte für Asylsuchende, unter anderem auch auf dem Waffenplatz Thun. Dazu führt das SEM Gespräche mit der Stadt Thun, dem Kanton Bern sowie dem VBS, wie ein mögliches temporäres Bundeszentrum in Thun realisiert werden könnte. Nach Abschluss einer allfälligen gemeinsam Vereinbarung, die namentlich die Betreuungs- und Sicherheitsmassnahmen regelt, werden die Stadt Thun, der Kanton Bern und der Bund gemeinsam rasch mittels einer Medienmitteilung sowie an einem öffentlichen Orientierungsabend näher informieren. Das Staatssekretariat für Migration registriert nach wie vor hohe Asylgesuchszahlen. Die Unterkünfte des Bundes sind deshalb ausgelastet oder teils überlastet. In enger Zusammenarbeit mit den Kantonen hat das SEM die Zahl seiner Unterbringungsplätze seit dem Frühling von 2'300 auf derzeit 4'300 aufgestockt. Das SEM arbeitet intensiv daran, die Strukturen des Bundes weiter dem Bedarf anzupassen, um die Unterbringung und Registrierung der Asylsuchenden sicherzustellen.“
- Freitag, 27. November 2015: Der Gemeinderat nimmt formell Kenntnis vom Kommunikationskonzept des Bundes: Am Montag, 30. November 2015, wird die gemeinsame Medienmitteilung (Bund, Kanton, Stadt) veröffentlicht. Gleichzeitig findet eine Informationsveranstaltung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Waffenplatzes statt. Die tripartite Vereinbarung (Bund, Kanton, Stadt) soll dem Gemeinderat an der GR-Sitzung vom 2. Dezember 2015 zur Genehmigung unterbreitet werden. Am Mittwoch, 9. Dezember 2015, soll der geplante Informationsanlass für die Bevölkerung stattfinden (vgl. GRB 593/2015).
- Freitag, 27. November 2015: In den elektronischen Medien erscheinen erste Artikel. Auf dem online-Portal des Thuner Tagblattes erscheint ein Artikel über das Bundesasylzentrum.
- Samstag, 28. November 2015: Im Thuner Tagblatt erscheint in der Printausgabe ein Artikel über das geplante Bundesasylzentrum.
- Sonntag, 29. November 2015: Medienmitteilung der SVP-FDP Stadtratsfraktion.
- Montag, 30. November 2015: Das SEM veröffentlicht wie geplant die bereits vor der Berichterstattung in den Medien für diesen Termin vorgesehene Medienmitteilung.
- Mittwoch, 2. Dezember 2015: Der Gemeinderat genehmigt die Vereinbarung betreffend das Verfahrenszentrum „Militärhallen Thun“ zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, dem

Kanton Bern und der Stadt Thun. Die Genehmigung wird allerdings nur unter den beiden Vorbehalten erteilt, dass die ursprüngliche Ziffer 8.2 („Der Kanton Bern wird der Stadt Thun während des Betriebs des Bundessentrums keine Asylsuchenden oder vorläufig aufgenommenen Personen zuteilen.“) wieder in die Vereinbarung aufgenommen wird, und dass in der tripartiten Vereinbarung (oder allenfalls in einer bilateralen Vereinbarung zwischen dem Kanton und der Stadt Thun) festgehalten wird, dass der Kanton Bern der Stadt Thun die Sicherheitsaufwendungen, die durch den Betrieb des Bundesasylzentrums entstehen, nicht als Aufwand weiterverrechnet (vgl. GRB 611/2015).

- Montag, 7. Dezember 2015: Kantonspolizei sichert zu, dass die Sicherheitsaufwendungen, die unmittelbar durch den Betrieb des Bundesasylzentrums entstehen, nicht als Aufwand weiterverrechnet werden.
- Dienstag, 8. Dezember 2015: Stadtpräsident und Stadtschreiber unterzeichnen die Vereinbarung. In Artikel 10 dieser Vereinbarung wurde zur Information das Folgende festgehalten: „Das SEM ist für die Information der Öffentlichkeit oder Dritter im Zusammenhang mit dem Betrieb des Bundeszentrums zuständig. Die Vereinbarungspartner bestätigen, dass die externe Kommunikation jeweils nach gegenseitiger Absprache erfolgen wird. Zudem wird man sich gegenseitig über alle Anfragen und erteilten Auskünfte informieren. Bei allfälligen Einsätzen der Polizei erfolgt die Kommunikation durch die Kantonspolizei Bern in Absprache mit der zuständigen Staatsanwaltschaft. Die Kantonspolizei Bern informiert vorgängig das SEM und das VBS.“
- Mittwoch, 9. Dezember 2015: In den Panzerhallen findet eine vom SEM organisierte öffentliche Informationsveranstaltung für die Bevölkerung statt, an der alle offenen Fragen beantwortet werden konnten.
- Freitag, 18. Dezember 2015: Das Bundesasylzentrum wird eröffnet.